

Wahl mit Problemen, aber ohne Betrug

Als OSZE-Beobachter bei der Wahl in den USA

Andrej Hunko

Bernie Sanders nannte die Präsidentschaftswahl die wichtigste in der US-Geschichte. Das weniger wegen der politischen Programme der beiden Kandidaten, sondern wegen der Ankündigung des amtierenden Präsidenten, die Wahl im Falle seiner Niederlage nicht anzuerkennen. Dies ist ein Bruch mit der Tradition in den USA und stellt das zwar mangelhafte, aber von großer Stabilität geprägte politische System der USA in Frage. Grund genug für mich, auch in Corona-bedingt schwierigen Zeiten an der Wahlbeobachtungsmission teilzunehmen.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die aus den Strukturen der Überwindung des Kalten Kriegs hervorgegangen ist und die heute mit 57 Staaten die ganze Nordhalbkugel umfasst, beobachtet die Wahlen in den USA seit 2002, also nach der umstrittenen Wahl von George W. Bush im Jahre 2000. In den letzten Jahren wurden die Beobachtungsmissionen in den USA auf die Anzahl der in Russland eingesetzten Wahlbeobachter (400) aufgestockt. Diese Entwicklung geht auf ein verändertes Verständnis auch in anderen internationalen Organisationen zurück. Man rückt von dem Bild ab, dass es die „guten alten Demokratien“ gibt, die den anderen Staaten erst die Demokratie beizubringen hätten. Stattdessen wird in allen Staaten die potentielle Gefahr gesehen, dass demokratische Errungenschaften verloren gehen und dass diese auch in „gefestigten Demokratien“ weiterentwickelt werden können und müssen.

Diese große Wahlbeobachtungsmission in den USA ist auf 100 zusammengeschmolzen, nachdem viele Länder aufgrund der Covid-19-Pandemie ihre Teilnahme zurückgezogen hatten. Aus Deutschland waren neun Langzeitbeobachter sowie sechs Abgeordnete aller Parteien außer der CDU/CSU als Kurzzeitbeobachter vertreten.

Leider konnte die OSZE die Wahlen nur in einem Teil der US-Staaten beobachten, da ein Drittel internationale Wahlbeobachter explizit ausschließt. Ein weiteres Drittel lässt dies explizit zu und bei einem anderen Drittel ist die Rechtslage unklar. Ich war zunächst in dem *swing state* North Carolina angemeldet. Eine Woche vor der Wahl wurde der OSZE jedoch mitgeteilt, dass sie die Wahlen dort nicht beobachten könne. Ich habe die Wahlen schließlich in Missouri beobachtet. In entscheidenden Staaten wie Florida, North Carolina, Georgia, Texas, Arizona und Pennsylvania konnte

die OSZE nicht beobachten. Damit verletzen die USA die Verpflichtungen, die sie im Rahmen der OSZE eingegangen sind und die sogar von Ländern wie Türkei, Aserbaidschan oder Russland eingehalten werden.

In Missouri hatte ich insbesondere den Prozess der Briefwahl genauer angeschaut. Im Wahlzentrum von St. Louis County wurde die Auszählung der Briefwahlen Tage vor der Wahl von mehreren Dutzend Wahlhelfern vorbereitet, so dass die Stimmzettel am Wahlabend nur noch ausgezählt zu werden brauchten und das Ergebnis schnell feststand. In Pennsylvania ist das nach der dortigen Rechtslage verboten, sodass der Prozess der Briefwahlauszählung erst nach Schließung der Wahllokale beginnen konnte und entsprechend lange dauerte – ein Umstand, den sich der amtierende Präsident zunutze machte, um das Narrativ vom systematischen Wahlbetrug zu entwickeln. Eine entsprechende Reform, um dieses Problem zu beheben, wurde dort von den Republikanern im Vorfeld blockiert.

Insgesamt fällt der vorläufige OSZE-Bericht, den ich inhaltlich teile, sehr kritisch aus, was verschiedene Defizite des US-Wahlsystems angeht. Dazu gehört der Ausschluss von 5,2 Millionen Wählerinnen und Wählern, die aufgrund von Vorstrafen in verschiedenen Staaten nicht wählen dürfen. Gleichwohl stellt der Bericht keine Anzeichen systematischen Wahlbetrugs fest, wie gegenwärtig von Trump behauptet.

Grundsätzlich stellt sich bei allen Wahlbeobachtungen die Frage der (geo-)politisch motivierten Wahrnehmungsverzerrung. Das gilt für alle internationalen Organisationen, die Wahlbeobachtungen vornehmen, also OSZE, EU, Europarat, NATO, OAS, CIS und andere. Ein jüngstes Beispiel war die Rolle der OAS bei der Präsidentschaftswahl in Bolivien im Oktober 2019, deren Vorwürfe des Wahlbetrugs den folgenden Putsch gegen die linke Regierung von Evo Morales befeuerten.

Das klare Ergebnis untermauerte die Zweifel an den OAS-Vorwürfen und legte ein weiteres Mal die geopolitische Parteilichkeit der OAS offen, was mehr an das „Ministerium für US-Kolonien“ denn an eine Regionalorganisation erinnert. Entwicklungen wie diese zeigen, wie wichtig es ist, (geo-)politische Einflussnahmen auch in den Ost-West-übergreifenden Organisationen OSZE und Europarat zurückzudrängen. Denn diese Einflussnahmen könnten dazu führen, diese Errungenschaften aus der Überwindung des Kalten Krieges abzuschreiben. 🌐

Andrej Hunko ist stellvertretender Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag und war Wahlbeobachter der OSZE in den USA.